

Editorial

Nach den Wahlen

I.

Das Jahr 1994 stand in Österreich wirtschaftlich im Zeichen des Konjunkturaufschwungs, der im Vergleich zum europäischen Durchschnitt überdurchschnittlich kräftig ausgefallen sein dürfte. Nach aktuellen Daten war das Wachstum 1994 stärker als im europäischen OECD-Durchschnitt, die Arbeitslosenrate ist mit Ausnahme von Luxemburg die niedrigste in Europa – insgesamt objektiv also alles andere als eine Krisensituation, und auch die subjektiven Stimmungsindikatoren wiesen 1994 wieder nach oben.

Auch in politischer Hinsicht hat das Jahr 1994 mehr aufzuweisen als so viele Jahre davor: war es doch im wahrsten Sinne des Wortes ein „Jahr des Durchbruches“, in dem Österreich sein seit längerem verfolgtes wichtigstes Anliegen als Staat, nämlich den Vollbeitritt zur Europäischen Union, endlich verwirklichen konnte.

Meist ziehen die Regierungen aus Erfolgen und günstigen Entwicklungen dieser oder ähnlicher Art Nutzen. Ein aktuelles Beispiel für diesen Zusammenhang ist Deutschland, wo die regierende christlichsozial-liberale Koalition in den Wahlen 1994 zwar Federn lassen mußte, aber dennoch die zwischenzeitlichen Tiefstände bei Meinungsumfragen weit hinter sich lassen und ihre Mehrheit neuerlich behaupten konnte. In Österreich gingen 1994 die Uhren allerdings anders. Die seit 1987 regierende Koalition von SPÖ und ÖVP erlitt bei den Nationalratswahlen eine schwere Niederlage, und seit dem 9. Oktober 1994 hat sich die politische Landschaft wahrscheinlich mehr verändert als in vielen Jahren davor. Es wäre viel zu billig, die Niederlage dem Unverstand und/oder Undank der Wähler zuzuschreiben, denn dafür ist ein viel zu großer Teil daran selbstgemacht. Im folgenden soll aber nicht von der österreichischen Politik allgemein die Rede sein, sondern von den Vorgängen und Ereignissen im Bereich der Wirtschaftspolitik, welche freilich auch im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen standen.